

Umweltschutz zwischen Romantik und Realismus

Thesen des 4. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräches

Neue Wege für Deutschlands Zukunft als Industriestaat wurden auf dem 4. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch über „Umweltschutz zwischen Romantik und Realismus“ aufgezeigt. Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen und Verbänden haben in einer intensiven und offenen Diskussion wichtige Lösungen für den Umweltschutz erörtert. Die Ergebnisse lassen sich in acht Thesen zusammenfassen:

1. Ökonomie und Ökologie müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Dazu bedarf es eines neuen Verständnisses von Wachstum. Es muß über vorwiegend industrielle Konzepte hinausweisen und den qualitativen Aspekt miteinbeziehen.

Bestehende Disharmonien zwischen Ökonomie und Ökologie können nur abgebaut werden, wenn die Produktionsweise unserer Wirtschaft umgestellt wird. Dazu sagte **Professor Vester** in seinem einleitenden Referat unter Berufung auf Charles Kindleberger: „Das Beharren auf der früheren Wachstums-politik und ihre geradezu nostalgische Propagierung führt uns in den Ruin.“ Dies gebe Anlaß, unserer Volkswirtschaft ein „Nullwachstum“ zu verschreiben. Dabei bedeute „Nullwachstum in keiner Weise Produktionsstopp“. Vielmehr müsse es in einzelnen Wirtschaftszweigen oder auch bestimmten Firmenbereichen zu kräftigem Wachstum kommen, während in anderen Bereichen lebensnotwendige Umstellungen durchgesetzt werden, die zu Schrumpfungen führen: „Nur insgesamt gesehen wird die Wirtschaft auf dem erreichten Niveau bleiben müssen.“

Diese Aussage rief den Widerspruch vieler Sachverständiger hervor. So wollte **Professor Bonus** diese These nur für die Mengenkompente des Sozialproduktwachstums gelten lassen. Es sei jedoch gefährlich, die Wertkomponente des Wachstums zu verteufeln, „denn Wachstum innerhalb des ökologischen

Rahmens ist ein kulturelles Problem“. Dies zeige sein Zustandekommen „Man merkt, etwas ist nicht gut organisiert. Man macht Erfindungen, um bessere und sachgerechtere Lösungen zu finden, und stellt später an der Umsatzstatistik eine Steigerung fest — das Sozialprodukt ist gestiegen.“ **Professor Binswanger** fügte an, diese Art Wachstum bedeute, „daß man eben im Verhältnis zur Wertschöpfung immer weniger Mengen hineinläßt, immer weniger Rohstoffe, immer weniger Energieprodukte pro Wertseinheit des Sozialprodukts aufwendet“.

Minister Geil definierte qualitatives Wachstum so: „Ich verstehe unter qualitativem Wachstum ein Wachstum mit besserer Technologie, ein Wachstum, das mehr Beschäftigung garantiert, ein Wachstum, das uns eine bessere Umwelt garantiert. Derart qualitatives Wachstum ist im Rahmen unserer Sozialen Marktwirtschaft ein erstrebenswertes Ziel. Im Gegensatz zu früher muß jedoch die Politik bei den entsprechenden Vorgaben für die Wirtschaft früher, also ohne allzu langes Zögern, Fakten setzen.“

2. Marktorientierte Umweltkonzepte bringen schneller und wirksamer Vorteile für den Umweltschutz als planwirtschaftliche Konzepte.

Alois Glück stimmte **Professor Vester** zu, daß es „sehr viele Berührungspunkte zwischen den Erkenntnissen der Ökologie über die Steuerungsmechanismen und Systemzusammenhänge im Naturhaushalt und marktwirtschaftlichen Lösungsansätzen gäbe“. Das lasse den Umkehrschluß zu, daß „es keinen größeren Gegensatz gibt als zwischen einer planwirtschaftlichen Vorstellung mit der Betonung des Zentralismus und einem Bündnis mit der Ökologie. Denn sämtliche Erkenntnisse der Ökologie belegen die Bedeutung der kleineren Einheit im Zusammenwirken innerhalb von Verbundsystemen. Aber es gibt in der Natur keine Zentralsteuerung.“ **Professor Vester** schloß daran an: „In der Natur gibt es eigentlich überhaupt nur so etwas wie freie Marktwirtschaft. Wir finden nirgendwo eine Zentrale.“ Daraus ergäben sich wichtige Erkenntnisse für die Steuerungsmechanismen in Politik und Wirtschaft.

Nach der Grundsatzentscheidung für ein marktwirtschaftliches Ordnungssystem diskutierte die Expertenrunde diese Steuerungsmechanismen, also die Instrumente zur Verbesserung unserer Umwelt. Bei den Eingreiffkriterien wurde die ganze Bandbreite möglicher Instrumente deutlich. Von der Warnung über eine „schlichte Substitution von ordnungspolitischen durch marktwirtschaftliche Instrumente“ (**Professor Kuhlmann**) über eine Befürwortung äußerster staatlicher Zurückhaltung und die Ablehnung von immer „mehr Druck, mehr Abgaben und mehr Bestrafung für die Industrie“ (**John von**

Freyend) bis hin zur Forderung staatlicher Gebote und Verbote, da „im Umweltschutz die marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente ganz eindeutig versagt haben“ (**Frau Strack-Uhlmann**), reichten die Ansichten der Experten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß in Zukunft im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft mehr „Anreizpolitik statt Auflagenpolitik“ (**Dr. von Moltke**) durchgesetzt werden muß.

3. Reparierender Umweltschutz ist heute die gebräuchlichste Form von Umweltschutz. Politik und Wissenschaft müssen sich viel mehr als früher auf prophylaktische Umweltschutzmaßnahmen einrichten.

Eng verbunden mit der Wahl der umweltpolitisch wirksamsten Instrumente ist die Beantwortung der Frage, was in der Vergangenheit falsch gemacht wurde und heute verbessert werden kann. So bemängelte **Professor Wicke**: „Statt sich auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard durchgesetzt wurden, zu besinnen und darauf aufbauend ein zukunftsgerichtetes, realistisches umweltpolitisches Konzept zu entwickeln und dieses dann politisch auch durchzusetzen, läßt sich die von der Union getragene Regierung wie die Feuerwehr von einer Umweltkatastrophenstelle zur nächsten jagen. Bis auf einige qualitativ bedeutsame, marktorientierte Ansätze in der TA-Luft, einige Selbstbeschränkungserklärungen, einige Ansätze bei der Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes, einigen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in verschiedenen Bereichen hat sich so gut wie nichts getan auf dem Sektor marktwirtschaftlicher Umweltpolitik.“ Die Umweltpolitik erweckt also heute immer noch zu sehr den Eindruck eines Reparaturbetriebes für aktuelle Schäden. Dies bestätigte auch **Dr. Schneider**, der „die Notwendigkeit der Internalisierung aller Folgekosten in den einzelnen wirtschaftlichen Kalkulationen“ betonte. Nur so könnten langfristig die Umweltprobleme gelöst werden. Dies bedeute nichts anderes, als „die natürlichen Ressourcen zu verteuern“ und somit Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Ralf-Dieter Brunowsky drängte darauf, bei den umweltpolitischen Lösungsansätzen nach zwei Aufgaben zu unterscheiden: „Die eine ist die Sanierung der Umwelt. Wir haben ja nicht nur das Problem, auf umweltfreundliches Wachstum umzustellen oder auf umweltfreundliches Wirtschaften, sondern wir haben in der Tat ein gewaltiges Sanierungsproblem, das immens viel Geld kostet, und für dieses Sanierungsproblem muß ein Konzept entwickelt werden. Zum anderen muß eine Dynamisierung eingeleitet werden, die die Wirtschaft auf Dauer dorthin bringt, ständig Vorsorge zu betreiben.“ Dazu **Alois**

Glück: „Umweltschutz muß von der Reparaturabteilung in die Planungsabteilung gebracht werden.“ Ralf-Dieter Brunowsky forderte anschließend, durch eine Beweislastumkehr nach japanischem Vorbild „einen enormen Vorsorge-Anreiz für die gesamte Wirtschaft in Gang zu setzen“.

Abschließend stellte **Professor Vester** dazu fest: „Wir brauchen eine Technologiefolgen-Abschätzung, wir brauchen Umweltverträglichkeits-Prüfungen, wir brauchen Humanisierung der Arbeitswelt. Alles zusammen könnte man unter den Begriff fassen: Systemverträglichkeits-Prüfung. Denn nicht nur die Umwelt, auch die Gesellschaft, die Akzeptanz, die Wirtschaft, die Humanökologie gehören ja in dasselbe Prüfungsverfahren hinein. Eine einseitige Ausrichtung nach Fachdisziplinen muß vermieden werden.“

4. Technik und Natur sind keine Gegensätze. Die Innovationsmöglichkeiten unseres Landes müssen verstärkt zur Entwicklung von ressourcenschonenden Techniken genutzt werden.

Die bevorzugte Förderung des Mengenwachstums war in der Vergangenheit an Kriterien wie „schneller“ und „größer“ ausgerichtet. „Einer Innovation von Produkten und Verfahren muß daher heute eine Innovation der Kriterien vorausgehen.“ Dieser Forderung fügte **Professor Vester** acht Regeln hinzu, „an denen sich jedes lebende System orientiert“:

- Selbststeuerung durch negative Rückkoppelung;
- Unabhängigkeit der Systemfunktion von Wachstum;
- Orientierung des Systems an Funktionen und nicht am Produkt;
- Nutzung der Umweltkräfte nach dem „Jiu-Jitsu-Prinzip“;
- Mehrfachnutzung von Funktionen, Organisationsformen und Produkten;
- Bevorzugung des Recycling-Prinzips durch Nutzung von Kreisprozessen;
- Befolgung des Symbiose-Prinzips durch Nutzung der Verschiedenartigkeiten durch Koppelung und Austausch in kleinräumigen Verbundsystemen;
- Biologisches Design von Produkten, Bauten, Verfahren und Organisationsformen durch eine systembezogene Planung.

Diese Prinzipien könnten heute als Grundlage für alle Eingriffe und Entwicklungsprojekte dienen, um letztlich „gar keine umweltbelastenden Stoffe mehr zu produzieren“ (Vester). Diesem Ziel muß auch die Technik dienen. Allerdings darf sie laut Professor Vester nicht, wie bislang vielfach, „anti-evolutionär“ sein.

Horst Günther Falkenhahn hielt Professor Vester vor, daß er „eine Innovation der Kriterien fordert, die längst eingesetzt hat“. Denn die Unternehmen „leben nicht davon, daß ihnen jemand eine Concorde subventioniert, die dann pleite geht, sondern sie leben davon, daß sie Produkte anbieten, die gesellschaftlich akzeptiert werden und einen Nutzen haben. Daher findet auch heute nirgendwo eine Entwicklung statt, die nicht in penibler Form auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft wird“.

In seiner Zusammenfassung betonte **Professor Vester**, daß Technik und Natur keine Gegensätze seien. Daher würde er „in jedem Fall eine Kombination Mensch, Natur, Wirtschaft und Technik befürworten, um das Gesamtsystem zu erhalten. Dazu sollte jedoch die Technik an überlebensfähige Systeme angepaßt werden“.

5. Auf komplexe und schwierige Probleme wie den Umweltschutz muß die Politik differenzierte Antworten geben. Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft muß verbessert werden.

Wer auf schwierige Fragen einfache Antworten gibt und eine heile Welt verspricht, der täuscht den Bürger und erzeugt oftmals Hysterie. Diese These von **Generalsekretär Heiner Geißler** und die vorausgegangene Kritik von **Ingolf Spickschen** an den Anhörungsverfahren des Deutschen Bundestages nahm **Professor Mohr** auf und forderte eine bessere Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft. „Wir brauchen unbedingt eine positive Kooperation zwischen wissenschaftlichem Sachverstand und der Kunst der Politik.“ Denn auch er empfinde die „apokalyptischen Äußerungen und die Hysterie als etwas Schreckliches“.

Bei der notwendigen Verbesserung der Kooperation sprach **Professor Kuhlmann** sogar von einer „Bringschuld der Wissenschaft an die Politik“, um „die komplexen Probleme der Umweltbelastung und des Umweltschutzes noch klarer anzusprechen, wie das auch für die Fragen der Sicherheit unserer Industriegesellschaft gilt“. An die politischen Parteien stellte er die Forderung, „in Technologie- und Umweltfragen nicht zu sehr den Dialog mit sich selbst zu führen und zuwenig den Geistern geöffnet zu sein, die auf diesen Gebieten etwas Konstruktives zu sagen haben“.

Dr. Geißler gab abschließend zu bedenken, daß dazu keine neuen Gremien notwendig seien, sondern die vorhandenen Einrichtungen besser genutzt werden sollten.

6. Ökologisch fundierter Umweltschutz ist nicht eingeschränkt auf den Naturschutz, er ist in erster Linie Menschenschutz. Das Wort Mitwelt ist daher besser als Umwelt.

Für **Professor Vester** „führt eigentlich das Wort Umwelt schon zu Fehlschlüssen, denn es impliziert, daß hier der Mensch und dort das andere, die umgebende Umwelt ist“. Das Wort „Mitwelt wäre daher viel besser als Umwelt. Denn die Menschen sind eingebunden in einen Kreisprozeß, in dem jeder von uns Verursacher und Empfänger ist.“

Professor Häfele glaubt nicht, daß ein derart ökologisch fundierter Umweltschutz in der Nähe von Nullwachstum die Lösung unserer Probleme bringt; „denn es gibt eine ökologische Ungeheuerlichkeit auf der Welt, das ist die absolute Bevölkerungszahl auf der Erde, der die Technik vielerorts nicht rechtzeitig nachgewachsen ist“. Deswegen stellte er fest, „daß wir mit der heutigen Technik ökologiemäßig besser dran sind, gerade weil sie sich nicht ökologiehaft verhält, denn die Zahl der Menschen ist nichts Ökologisches“. Seine Forderung: „Wir müssen schneller reich werden, als die Weltbevölkerung wächst. Dies allerdings nicht nach dem Grundsatz ‚more of the same‘.“

Professor Vester hielt auch in seiner Zusammenfassung an der Heraushebung des Menschenschutzes fest; „denn wir sind mit allen Lebewesen viel enger verwandt, als wir denken, weil wir einen gemeinsamen genetischen Code haben und gleichsam in einem großen Informationspool miteinander verbunden sind“.

7. Es muß mehr in das Bewußtsein aller Menschen gerufen werden, daß die Landschaft ein Kulturgut ist. Die reinen ökologischen Lösungsansätze beachten dieses Ziel nicht. Daher ist eine neue politische Wertorientierung verlangt, die Fragen der Ethik und der Einstellung gegenüber der Umwelt im Sinne eines Kulturgutes fördert.

Es war eine verhängnisvolle Fehlentwicklung der europäischen Geistesgeschichte seit der Aufklärung, daß nur noch galt, was rechen- und meßbar war, und daß meßbar gemacht wurde, was nicht meßbar ist. Im Sinne einer rechenbaren Beweisführung kann heute niemand sagen, wozu Artenvielfalt gut ist. Trotzdem dürfen wir nicht ohne Rücksicht auf die Vielfalt der Natur zerstörerisch wirken. Wir müssen Pflanzen- und Tierarten erhalten — um ihrer selbst willen. So stellte dann auch **Alois Glück** fest: „Wir werden gegenüber der Natur immer wieder den kürzeren ziehen, wenn wir nur soviel tun, als sofort belegbar nützlich ist. Die Unberechenbarkeit der Belastbarkeitsgrenzen des Naturhaushaltes ergibt das Grunddilemma unserer Entscheidungsprozesse,

das wir in unserer Verhaltensweise gegenüber der Natur noch nicht richtig durchdacht, geschweige denn schon irgendwo in Instrumente umgesetzt haben.“

In diesem Zusammenhang warnte **Professor Guggenberger** davor, Emotionalität und Rationalität auseinander zu dividieren: „Wir Menschen sind Wesen, die eben an beidem teilhaben, an der Rationalität genauso wie an den Emotionen, und die Neurologen lehren uns, daß Menschen am besten im Affekt lernen; das heißt, was der Mensch sich unter Beteiligung starker Emotionen erwirbt, das bleibt ihm in aller Regel lebenslänglich erhalten.“ Diese Erkenntnis sei gerade deshalb so wichtig, weil „die neuen Gefahrenquellen eigentlich dadurch charakterisiert sind, daß sie den Schutzschild unserer Sinne unterlaufen. Wir können sie in aller Regel nicht sehen — Asbestgefahren oder Radioaktivität — wir können sie nicht riechen, nicht schmecken, nicht greifen. Unserer Vorstellungskraft müssen daher Emotionen in stärkerem Maße zu Hilfe kommen.“

Alois Glück plädiert für „eine Dimension des Politischen jenseits der Ökologie; denn die Fragen der Ethik oder der Einstellung gegenüber der Landschaft im Sinne des Kulturguts, die kann uns auch keine Ökologie mehr vermitteln. Dort beginnt letztlich die politische Wertsetzung.“ Denn „Ökologie vermittelt Wissen, aber kein Gewissen. Also dort, wo eigentlich die Wertsetzung der Politik beginnt, da ist auch die Ökologie am Ende.“ Er forderte: „Wenn wir auf Dauer nicht von der Substanz der Natur leben wollen, um irgendwann ökologisch in den Konkurs zu gehen, müssen wir in sämtlichen Umweltbereichen letztlich früher oder später die Umweltbelastungen auf ihre Grenzen reduzieren durch bessere Technik, bessere Wirtschaftsmethoden, aber auch durch andere Einstellungen, andere Ethik und Moral. Es geht sowohl um die Mentalitäten wie um die Methoden einer Wegwerfgesellschaft.“

Zur Verbesserung der ethischen Grundeinstellung im Gegensatz zu den vertrauten Postulaten der Aufklärung verlangte **Professor Schmitz**, „zunächst einmal Leben neu zu definieren“. Es sei „die bleibende Botschaft der Schöpfung, daß der Mensch zum ‚Mann der Tat‘ Gottes in dieser Schöpfung geworden ist und eine Verantwortung für sie trägt“.

8. Die internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz muß ausgebaut und besser koordiniert werden.

Eine weit verbreitete Auffassung geht davon aus, daß wir es weitgehend selbst in der Hand haben, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu ver-

bessern. Wenn jedoch Umweltschäden bei uns auch durch das Ausland mitverursacht sind, sind unsere eigenen Möglichkeiten der Abhilfe begrenzt. Umweltverschmutzungen machen vor keiner Grenze halt. Deshalb sind die besten nationalen Maßnahmen ohne eine internationale Einbindung zum Scheitern verurteilt. Als Forum eines grenzüberschreitenden Umweltschutzes würde sich die Europäische Gemeinschaft geradezu anbieten.

Professor Schmitz bestätigte, daß gerade auch im Zusammenhang mit den Ausführungen von Professor Häfele zum Bevölkerungswachstum „die weltweite Dimension ... mit in den Problembereich Umweltschutz hinein gehört“. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Verordnung von Grenzwerten sinnvoll nur von einer in sich geschlossenen Gesellschaft vollzogen werden könne und wegen der internationalen Verflechtung unserer Wirtschaft eine nationale Betrachtungsweise unangebracht sei.

Heinrich von Moltke machte deutlich, daß zur Lösung der Umweltprobleme auch in der Europäischen Gemeinschaft eine neue Solidarität gefordert sei: „Überzeugungsarbeit ist vor allem in den Ländern zu leisten, die keinen oder nicht so viel Wald haben und der nicht so schnell kaputtgeht wie bei uns. Dies macht erhebliche Schwierigkeiten, und man kann eigentlich immer wieder nur darauf hinweisen, daß hier das Wort Solidarität ins Spiel kommt.“

Abschließend wies **Generalsekretär Heiner Geißler** darauf hin, daß „wir die Umweltfrage in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne die europäischen Nachbarn lösen können. Dies müssen wir als Forderung festhalten, sonst sind wir verloren.“